

Hansestadt Stendal, 13.03.2021

Niederschrift über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Stadtrates

Tag der Sitzung: Montag, 15.02.2021

**Ort: Schulungs- und Ausbildungszentrum der Kreissparkasse Stendal,
Arneburger Straße 28, 39576 Hansestadt Stendal**

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 21:43 Uhr

Anwesend sind:

Vorsitzende/r

Sobotta, Peter

Mitglieder

Antusch, Rita

Bausemer, Arno

Beuchel, Jacob Wenzel

Büttner, Matthias

Dahlke, Björn Eckhard

Eckhardt, Wolfgang

Faber, Marcus, Dr.

Goroncy, Rico

Güldenpfennig, Christel

Haaker, Christel

Hauke, Bernd

Instenberg, Reiner

Jacobs, Christina

Kammrad, Norbert

Kloft, Samuel

Kummert, Marcel

Kunert, Katrin

Kunze, Matthias

Kurth, Kerstin

Liepe, Erhard

Lippmann, Dirk

Ludwig, Peter

Meinecke, Sven

Mertens, Martin

Radtke, Carola

Richter-Mendau, Henning, Dr.

Röhl, Christian

Röxe, Joachim

Schlafke, Jürgen

Schmotz, Klaus

Schober, Marcus
Schreiber, Mäxchen
Schulz, Stefanie Wilhelmine
Schüßler, Xenia
Schwarzer, Jörg
Stelle, Thomas
Teubner, Jürgen
Weise, Thomas
Wollmann, Herbert, Dr.

Protokollführer/in

Lodders, Stefan
Rihsmann, Anja

von der Verwaltung

Heidemann, Mandy
Hell, Rüdiger
Jantsch, Marion
Jurga, Martin
Kleefeldt, Axel
Mehlkopf, Torsten
Pidun, Silke
Pietrzak, Beate
Richter, Diana
Schröder, Annegret
Schulenburg, Michael
Tüngler, Bärbel
Westrum, Georg-Wilhelm
Wichmann, Joachim

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder

Lenkeit, Anette

entschuldigt



Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------|
| 1 | Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit | |
| 2 | Feststellung der Tagesordnung | |
| 3 | Einwohnerfragestunde | |
| 4 | Informationen des Stadtratsvorstandes | |
| 5 | Bekanntgabe der Beschlüsse aus dem nicht öffentlichen Teil der letzten Sitzung | |
| 6 | Informationen des Oberbürgermeisters | |
| 7 | Beschlussfassung über die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 07.12.2020 | |
| 8 | Antrag der Fraktion FSS/BfS zu § 131 Abs. 1 / 3 KVG LSA - Grundsatzbeschluss | A VII/081 |
| 9 | Antrag der Fraktion FSS/BfS zur Einräumung von Prüfungsbefugnisse in Unternehmen in Privatrechtsform | A VII/082 |
| 10 | Antrag der Fraktion AfD zur Einrichtung eines Verkehrsspiegels am Kreisverkehr Moltkestraße | A VII/077/1 |
| 11 | Antrag des Ortschaftsrates Dahlen zur Aufstellung eines Geschwindigkeitsanzeigers | A VII/072 |
| 12 | Antrag des Ortschaftsrates Groß Schwechten auf Errichtung von Schwellern in der Siedlerstraße und der Friedensstraße in Groß Schwechten | A VII/079 |
| 13 | Antrag der Fraktion DIE LINKE-Bündnis 90/Die Grünen zur Überarbeitung/Ergänzung der Gefahrenabwehrverordnung und der Satzung über die öffentliche Ordnung in der Hansestadt Stendal | A VII/073 |
| 14 | Antrag der Fraktion SPD/FDP/Ortsteile zur Aufnahme der Ampelanlage an der GTGS in den Haushaltsplan 2021 | A VII/084 |
| 15 | Antrag des Ortschaftsrates Heeren auf Ausbau des verlängerten Qickbornweges mit Betonspurbahnen | A VII/074 |
| 16 | Antrag des Ortschaftsrates Uchtspringe über die Aufnahme der Schulhofsanierung (Pausenhofbereich) in der Grundschule Börnitz in den Maßnahmen- und Haushaltsplan der Hansestadt Stendal für das Haushaltsjahr 2021 | A VII/080 |
| 17 | Kooperationsvereinbarung zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie für das Industriegebiet Buchholz/Lüderitz | VII/0282/2 |
| 18 | Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2021 (einschließlich Änderungsanträge) | VII/0353 |
| 19 | Bebauungsplan Nr. 26/96 "Südlich Arnimer Damm" hier Beschluss zur Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplans gemäß § 2 Abs. 1 BauGB - Widerspruch gegen Beschluss DS VII/0288/1 | VII/0378 |
| 20 | Bebauungsplan Nr. 26/96 "Südlich Arnimer Damm" hier: Beschluss zur Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplans gemäß § 2 Abs. 1 Bebauungsplan (BauGB) | VII/0288/2 |
| 21 | Antrag der Fraktion FSS/BfS auf Änderung der bestehenden Förderrichtlinie für die Kinder- und Jugendarbeit in der Stadt Stendal - Widerspruch gegen Beschluss A VII/063 | VII/0385 |
| 22 | Antrag der Fraktion FSS/BfS auf Änderung der bestehenden Förderrichtlinie für die Kinder- und Jugendarbeit in der Stadt Stendal | A VII/063/1 |
| 23 | Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 32/18 "Zum Sonnenblick, Stendal-Nord" a) Beschluss über die Abwägungen zu den | VII/0379 |



	abgegebenen Stellungnahmen - Widerspruch gegen Beschluss DS VII/0283/1	
24	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 32/18 "Zum Sonnenblick, Stendal-Nord" a) Beschluss über die Abwägungen zu den abgegebenen Stellungnahmen	VII/0283/2
25	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 32/18 "Zum Sonnenblick, Stendal-Nord" b) Beschluss des Durchführungsvertrags - Widerspruch gegen Beschluss DS VII/0286/1	VII/0380
26	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 32/18 "Zum Sonnenblick, Stendal-Nord" b) Beschluss des Durchführungsvertrags	VII/0286/2
27	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 32/18 "Zum Sonnenblick, Stendal-Nord" c) Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) - Widerspruch gegen Beschluss DS VII/0287/1	VII/0381
28	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 32/18 "Zum Sonnenblick, Stendal-Nord" c) Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)	VII/0287/2
29	Bebauungsplan Nr. 58/18 "Uenglinger Berg, 1. Erweiterung" – Abwägungsbeschluss zu den abgegebenen Stellungnahmen	VII/0341
30	Bebauungsplan Nr. 58/18 "Uenglinger Berg - 1. Erweiterung" – Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB	VII/0342
31	Radverkehrskonzept 2020	VII/0348
32	Stadtentwicklungskonzept - Teilthema Klima und Umwelt; hier: Auslegungsbeschluss	VII/0354
33	Stadtratsbeschluss vom 07.12.2020 - DS A VII/069/1	VII/0371
34	Beschluss über den Prüfbericht des Landesrechnungshofes zum Winckelmann Museum	VII/0350
35	Beschluss über den Maßnahme-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplan des Fördermittelprogramms "Sozialer Zusammenhalt", Stendal-Stadtsee, Programmjahr 2021	VII/0360
36	Beschluss über den Maßnahme-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplan des Fördermittelprogramms "Wachstum und nachhaltige Erneuerung", Stadtsee, Programmjahr 2021	VII/0361
37	Beschluss über den Maßnahme-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplan des Fördermittelprogramms "Wachstum und nachhaltige Erneuerung", Süd, Programmjahr 2021	VII/0362
38	Beschluss über den Maßnahme-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplan des Fördermittelprogramms "Investitionspakt Förderung von Sportstätten", Programmjahr 2021	VII/0363
39	Beschluss über den Maßnahme-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplan des Fördermittelprogramms Lebendige Zentren - "Altstadt mit Bahnhofsvorstadt", Programmjahr 2021	VII/0364
40	Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses 2019 und die Entlastung der Betriebsleitung des Technologiepark Altmark - Eigenbetrieb der Hansestadt Stendal	VII/0347
41	Anfragen/Anregungen	

Nicht öffentlicher Teil

42	Informationen des Stadtratsvorstandes	
43	Informationen des Oberbürgermeisters	
44	Beschlussfassung über die Niederschrift des nichtöffentlichen Teils der Sitzung vom 07.12.2020	
45	Ostkorridor Nord, ABS Stendal - Uelzen, 2.BS, Knoten Stendal, zweigleisiger Ausbau, Variantenentscheidung zum Umbau der Bahnübergänge	VII/0357



- 46** Beschluss zur Auftragsvergabe für die Wärmeversorgung TH **VII/0368**
Haferbreite und GS Neubau Haferbreite über Contracting
- 47** Anfragen/Anregungen



Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu TOP 1 **Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Stadtratsvorsitzender Sobotta eröffnet die Sitzung. Er begrüßt die Öffentlichkeit sowie die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Vertreter der Ortschaftsräte, der Verwaltung und der Presse. Die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung werden festgestellt. Es sind 40 stimmberechtigte Mitglieder inkl. Herrn Oberbürgermeister Schmotz anwesend.

Er informiert zu den derzeit gültigen Corona-Regelungen, welche während der Sitzung sowie in den Pausen einzuhalten sind.

Herr Stadtratsvorsitzender Sobotta bedankt sich bei der Kreissparkasse Stendal für die Zurverfügungstellung des Schulungs- und Ausbildungszentrums sowie beim Offenen Kanal, der auch unter den gegebenen Umständen erneut die Akustik und die Aufzeichnung der Sitzung sicherstellt.

zu TOP 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Stadtratsvorsitzender Sobotta teilt mit, dass die Beschlussvorlagen VII/0355 und VII/0356 (Solarpark Wahrburg) vor Erstellung der Tagesordnung zurückgezogen wurden.

Herr Oberbürgermeister Schmotz teilt mit, dass TOP 34 - Beschluss über den Prüfbericht des Landesrechnungshofes zum Winkelmann Museum von der Tagesordnung für die heutige Sitzung zurückgezogen wird, da kein Zeitdruck zur Entscheidung besteht. Die Beschlussvorlage soll zur nächsten Stadtratsrunde beraten werden.

Herr Stadtratsvorsitzender Sobotta informiert über Widersprüche, die sich auf der Tagesordnung befinden.

Weiterhin informiert er, dass ein Antrag nach § 48 (3) KVG LSA nicht zur Tagesordnung, sondern nach Aufruf des betreffenden Tagesordnungspunktes gestellt werden solle, da es sich insoweit nicht um eine formelle Absetzung von der Tagesordnung, sondern um eine sachliche Verweisung mangels Vorberatung handele. Über die fehlende Vorberatung müsse zudem zumindest mehrheitliches Einvernehmen bestehen, so dass die Sache nicht bereits durch die Antragstellung verwiesen sei.

Einen Antrag zur Absetzung von der Tagesordnung kann, laut Information von Herrn Hell, jederzeit gestellt werden. Nach Auffassung von Herrn Sobotta könne die Formulierung in der Geschäftsordnung nur dahingehend auszulegen sein, dass dies zwar jederzeit, jedoch bis zur Feststellung der Tagesordnung zu erfolgen habe. Zum Tagesordnungspunkt direkt, wäre dann – mit vergleichbarem Ergebnis - nur noch ein Verweisungsantrag zulässig.

Zum Zurückziehen einer Vorlage erklärt **Herr Stadtratsvorsitzender Sobotta**, dass die Vorlage mit diesem Wort endgültig zurückgezogen und somit nicht noch einmal behandelt werden müsse. Dies sollte ebenfalls direkt zum Tagesordnungspunkt erfolgen, da es sich um eine Entscheidung zur Sache handele. Andernfalls handele es sich um einen Rückzug von der Tagesordnung.

Herr Stadtratsvorsitzender Sobotta informiert, dass zahlreiche Anträge und Änderungsanträge insbesondere zum Haushalt vorliegen. Eine gesonderte



Aufstellung aller Anträge und Änderungsanträge wurde im Vorfeld an alle Stadträte verteilt.

Herr Stadtrat Bausemer teilt mit, dass der TOP 10 - Antrag der Fraktion AfD zur Einrichtung eines Verkehrsspiegels am Kreisverkehr Moltkestraße – zurückgezogen wird. Zur nächsten Beratungsrunde werde ein neuer Antrag eingebracht.

Weiterhin bittet **Herr Stadtrat Bausemer** darum, den TOP 17 - Kooperationsvereinbarung zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie für das Industriegebiet Buchholz/Lüderitz – von der Tagesordnung abgesetzt werden soll, da ein neues Angebot in Höhe von ca. 100.000 Euro vorliegt, welches Herr Stadtrat Kunze erhalten hat.

Herr Stadtrat Weise befürwortet die Eigeninitiative von Herrn Stadtrat Kunze. Die Beschlussfassung ist jedoch zwingend notwendig, da die Beantragung der Fördermittel bis Ende März erfolgen müsse. Daher wird die Fraktion CDU/Landgemeinden den Antrag nicht zurückziehen und stimme einer Absetzung von der Tagesordnung nicht zu.

Die vorliegende Tagesordnung wird ohne TOP 34 festgestellt.

zu TOP 3

Einwohnerfragestunde

Herr Woyte stellt folgende Fragen zum Bebauungsplan Nr. 24/96 – „Südlich Haferbreiter Weg“:

1. Wie viele aktive Gerichtsverfahren bzw. Klagen von Eigentümern bestehen momentan gegenüber dem Umlegungsverfahren bzw. der Hansestadt Stendal?
2. Was ist der Inhalt der Klagen und wann werden diese verhandelt bzw. entschieden?
3. Bitte geben sie seitens der Hansestadt Stendal eine Prognose ab, wann der Abschluss des Umlegungsverfahrens erwartet wird und damit eine Bebauung ermöglicht wird.
4. Wann plant die Hansestadt Stendal die Erschließung der Stichstraßen im Bebauungsgebiet vor z. B. hinsichtlich der Einplanung von Haushaltsgeldern oder Kapazitäten bei den Stadtwerken?

Er bittet um schriftliche Antwort.

Herr Roske stellt folgende Fragen:

1. Sind die IPads für die Grundschulen schon geliefert, wenn ja, wann werden sie an die Schulen ausgegeben?
2. Wie ist die Internetgeschwindigkeit in den Grundschulen der Hansestadt Stendal?
3. Ist es möglich einen Fahrradverleih in Stendal einzuführen? Falls die Stadt es nicht selbst macht, könnte dann eine externe Ausschreibung erfolgen?

Herr Laukert stellt folgende Fragen:

1. Wird die Stadtratssitzung live übertragen? Falls nicht, kann sich der Stadtrat Stendal dieses zeitgemäße Vorhaben zukünftig vorstellen?



2. Wie will die Stadt Rechtssicherheit auf den scheinbaren Radwegen (rot gekennzeichnete Streifen auf dem Bürgersteig ohne Schild) herstellen?

Frau Lang stellt folgende Frage:

Wie viel kostet die Stadt im Durchschnitt ein Radfahrer im Vergleich zu einem Autofahrer? (Kosten für Infrastruktur, Parkraum, Gesundheit und Luftverschmutzung)

zu TOP 4 **Informationen des Stadtratsvorstandes**

Herr Stadtratsvorsitzender Sobotta teilt mit, dass es bisher nur 25 Rückläufer der Datenblätter zur Überprüfung von Mandatsträgern von den Stadträten gebe. Er würde die Namen der fehlenden Personen im Folgenden laut verlesen.

Herr Röxe merkt an, dass es nicht zulässig sei, in diesem Bezug öffentlich Namen zu nennen. Zudem sei man nicht verpflichtet eine Selbstauskunft auszufüllen. Die Behörde könne die Untersuchung auch ohne ein solches Zutun durchführen.

Herr Stadtratsvorsitzender Sobotta bittet dennoch darum, die Datenblätter ausgefüllt zurückzugeben, da dies mit der Erfüllung eines im Stadtrat gefassten Beschlusses in Verbindung steht.

Es erfolgt die Verpflichtung von **Herrn Marcus Schober** zum Stadtrat der Hansestadt Stendal. Er ist Nachrücker für Herrn Dr. Jörg Böhme.

Herr Stadtratsvorsitzender Sobotta überreicht dem neuen Stadratsmitglied Blumen.

Herr Stadtratsvorsitzender Sobotta gratuliert Herrn Dr. Wollmann nachträglich zum Geburtstag und überreicht Blumen.

Weiterhin informiert er über den Brief nach Pulawy. Dieser wurde, inklusive polnischer Übersetzung versendet.

Herr Stadtratsvorsitzender Sobotta informiert über die Verfahrensweise im Umgang mit den Widersprüchen, die sich auf der Tagesordnung befinden.

Er erinnert daran, dass bestehende Mitwirkungsverbote der Stadratsmitglieder bitte ausdrücklich bekundet werden sollen, um Missverständnissen bei der Protokollierung aus dem Wege zu gehen. Er weist abschließend darauf hin, dass die vor TOP 18 ggf. gefassten Beschlüsse mit Auswirkung auf den Haushalt unter dem Vorbehalt des Haushaltsbeschlusses stehen und dann insoweit zu TOP 18 erneut darüber abgestimmt werden müsse.

zu TOP 5 **Bekanntgabe der Beschlüsse aus dem nicht öffentlichen Teil der letzten Sitzung**

Beschlussfassung über die Niederschrift des nichtöffentlichen Teils der Sitzung vom 02.11.2020
einstimmig angenommen

Wirtschaftsplan 2021 der Altmark Oase Sport- und Freizeitbad Stendal GmbH
Ja 34 1 Enthaltung einstimmig beschlossen



Entscheidung über die Angebotsbedingungen eines Bieterverfahrens gemäß DS A VII/056 - Widerspruch
Ja 36 einstimmig beschlossen

Grundstücksverkauf im Ortsteil Möringen, Neue Straße 1 - Widerspruch
Ja 36 einstimmig beschlossen

Grundstücksverkauf in Stendal, Mühlenweg
Ja 36 einstimmig beschlossen

zu TOP 6 **Informationen des Oberbürgermeisters**

Herr Oberbürgermeister Schmotz informiert darüber, dass vor ca. zwei Wochen der Städtebau Award 2020 verliehen wurde. Die Hansestadt Stendal war hierfür nominiert und hat es in der Auswahl unter die ersten fünf Plätze geschafft. Sieger des Preises ist die Lutherstadt Wittenberg geworden.

Weiterhin informiert er über den laufenden Stand zu folgenden Gerichtsverfahren:

1. Schadensersatzklage Bodenbelag GS Nord
2. Schadensersatzklage Dach GS Juri Gagarin
3. Schadensersatzklage Wahlfälschung
4. Umlegungsverfahren südl. Haferbreiter Weg

Herr Oberbürgermeister Schmotz informiert über die Vorgehensweise beim Wechsel von Vertretern in den Ausschüssen. Ein solcher Wechsel ist, nach Meinung des Städte- und Gemeindebundes und nach weiteren Recherchen möglich. Er empfiehlt eine entsprechende Regelung in der Geschäftsordnung.

zu TOP 7 **Beschlussfassung über die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 07.12.2020**

Ja 39 Enthaltung 1 einstimmig beschlossen

zu TOP 8 **Antrag der Fraktion FSS/BfS zu § 131 Abs. 1 / 3 KVG LSA - Grundsatzbeschluss**

A VII/081

Herr Stadtrat Röhl formuliert folgenden Änderungsantrag:

1. Alle Fraktionen erhalten unabhängig davon, ob diese Mitglieder in Aufsichtsorganen gemäß § 131 Abs. 1 u. 3 KVG LSA für alle Unternehmen mit kommunaler Beteiligung entsandt haben, die Tagesordnungen für stattfindende Sitzungen der Aufsichtsorgane (Aufsichtsratsversammlung, Gesellschafterversammlungen) rechtzeitig vor dem Termin der Aufsichtsgremien, **sofern durch Vorgaben des Gesellschaftsrechts nichts anderes bestimmt ist.**
2. Alle Fraktionen erhalten unabhängig davon, ob diese Mitglieder in Aufsichtsorganen gemäß § 131 Abs. 1 u. 3 KVG LSA für Unternehmen mit kommunaler Beteiligung entsandt haben, die Niederschriften nebst Anlagen für stattgefundene Sitzungen der Aufsichtsorgane (Aufsichtsratsversammlung, Gesellschafterversammlungen), **sofern durch Vorgaben des Gesellschaftsrechts nichts anderes bestimmt ist.**



Herr Stadtrat Meinecke signalisiert seine Ablehnung zum Antrag. Die Herausgabe von Unterlagen gehe ihm zu weit, da es sich um vertrauliche Unterlagen der Unternehmen handle.

Beschlussvorschlag (geänderte Fassung):

3. Alle Fraktionen erhalten unabhängig davon, ob diese Mitglieder in Aufsichtsorganen gemäß § 131 Abs. 1 u. 3 KVG LSA für alle Unternehmen mit kommunaler Beteiligung entsandt haben, die Tagesordnungen für stattfindende Sitzungen der Aufsichtsorgane (Aufsichtsratsversammlung, Gesellschafterversammlungen) rechtzeitig vor dem Termin der Aufsichtsgremien, **sofern durch Vorgaben des Gesellschaftsrechts nichts anderes bestimmt ist.**

4. Alle Fraktionen erhalten unabhängig davon, ob diese Mitglieder in Aufsichtsorganen gemäß § 131 Abs. 1 u. 3 KVG LSA für Unternehmen mit kommunaler Beteiligung entsandt haben, die Niederschriften nebst Anlagen für stattgefundene Sitzungen der Aufsichtsorgane (Aufsichtsratsversammlung, Gesellschaftsversammlungen), **sofern durch Vorgaben des Gesellschaftsrechts nichts anderes bestimmt ist.**

Ja 21 Nein 19 geändert beschlossen

zu TOP 9

Antrag der Fraktion FSS/BfS zur Einräumung von Prüfungsbefugnisse in Unternehmen in Privatrechtsform

A VII/082

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Hansestadt beschließt:

1. Der Stadtrat der Hansestadt Stendal beauftragt den Oberbürgermeister, dass er innerhalb von 6 Monaten nach Beschlussfassung geeignete Informations- und Prüfbefugnisse für die Rechnungsprüfungseinrichtungen (Rechnungsprüfungsamt der Hansestadt Stendal u. Landesrechnungshof) in den Gesellschaften mit kommunaler Mehrheitsbeteiligung der Hansestadt Stendal durch Berücksichtigung in deren Gesellschaftsverträge sicherstellt.

2. Der Stadtrat der Hansestadt Stendal beauftragt den Oberbürgermeister, dass er innerhalb von 6 Monaten darauf hinwirken soll, dass geeignete Informations- und Prüfbefugnisse für die Rechnungsprüfungseinrichtungen (Rechnungsprüfungsamt der Hansestadt Stendal u. Landesrechnungshof) in den Gesellschaften mit kommunaler Minderbeteiligung der Hansestadt Stendal durch Berücksichtigung in deren Gesellschaftsverträge vorgesehen werden und in Abhängigkeit von der Zustimmung anderer Mitgesellschafter durchgesetzt werden.

3. Der Stadtrat der Hansestadt Stendal erteilt den durch die Vertretung entsandten Mitgliedern einschließlich dem Hauptverwaltungsbeamten Weisung (§131 Abs.1 KVG LSA), in den Aufsichtsgremien (Aufsichtsrat und Gesellschaftervertreter) Änderungen der Gesellschaftsverträge nach Maßgabe des Punktes 1 und 2 zuzustimmen.

Ja 22 Nein 18 mehrheitlich beschlossen



zu TOP 10 Antrag der Fraktion AfD zur Einrichtung eines Verkehrsspiegels am Kreisverkehr Moltkestraße

A VII/077/1

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung möge beschließen, dass die Einrichtung eines Verkehrsspiegels am Kreisverkehr Moltkestraße zur Einsichtnahme des linksseitigen Verkehrs aus der Scharnhorststraße geprüft wird.

zurückgezogen

zu TOP 11 Antrag des Ortschaftsrates Dahlen zur Aufstellung eines Geschwindigkeitsanzeigers

A VII/072

Herr Stadtrat Bausemer stellt folgenden Änderungsantrag vor:

„Der Stadtrat der Hansestadt Stendal beschließt, dass im Zusammenhang mit der Sicherheit von/auf Schulwegen ein Geschwindigkeitsanzeiger aufgestellt wird. Dieser soll auf Schwerpunktstraßen in der Hansestadt Stendal eingesetzt werden, beginnend im Ortsteil Dahlen.“

Es erfolgt die Abstimmung zum Änderungsantrag.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Hansestadt Stendal beschließt, dass im Zusammenhang mit der Sicherheit von/auf Schulwegen ein Geschwindigkeitsanzeiger aufgestellt wird. Dieser soll auf Schwerpunktstraßen in der Hansestadt Stendal eingesetzt werden, beginnend im Ortsteil Dahlen.

Ja 38 Enthaltung 2 geändert beschlossen

zu TOP 12 Antrag des Ortschaftsrates Groß Schwechten auf Errichtung von Schwellern in der Siedlerstraße und der Friedensstraße in Groß Schwechten

A VII/079

Herr Stadtrat Kammrad teilt mit, dass in den vorberatenden Ausschüssen bereits ein Änderungsantrag gestellt wurde. Dieser gilt auch heute. Herr Stadtrat Weise reicht den entsprechenden Wortlaut in Textform bei.

Beschlussvorschlag (in geänderter Fassung):

Der Stadtrat der Hansestadt Stendal beauftragt die Verwaltung zu prüfen, wie in der Siedlerstraße und der Friedensstraße eine Verkehrsberuhigung hergestellt werden kann. Favorisiert wird vom Ortschaftsrat und der Groß Schwechter Bevölkerung eine Aufpflasterung (kein Verkehrsschild).

Ja 40 geändert beschlossen

zu TOP 13 Antrag der Fraktion DIE LINKE-Bündnis 90/Die Grünen zur Überarbeitung/Ergänzung der Gefahrenabwehrverordnung und der Satzung über die öffentliche Ordnung in der Hansestadt Stendal

A VII/073

Frau Stadträtin Kunert plädiert für den Antrag der Fraktion DIE LINKE.

Herr Stadtrat Schwarzer lehnt den Antrag ab und begründet dies damit, dass in der Kernstadt Stendals kein Problem mit einer zu großen Population von herrenlosen Katzen bestehe. Weiterhin sieht er mit dem Antrag einen hohen Aufwand an Bürokratie verbunden. Ebenso seien Kontrollen der Umsetzung nicht möglich.



Herr Stadtrat Bausemer kritisiert ebenfalls die Kontrollmöglichkeit der Umsetzung.

Frau Stadträtin Kunert merkt an, dass nach Rücksprachen mit dem Ordnungsamt durch die Änderung der Verordnung kein erheblicher Mehraufwand entsteht.

Herr Stadtrat Röhl kritisiert ebenfalls die Sinnhaftigkeit sowie die Umsetzbarkeit der Maßnahmen.

Herr Stadtrat Instenberg erklärt, dass er mit Tierschützern Rücksprache gehalten habe, welche ihm erklärt hätten, dass die Aufklärung der Tierhalter deutlich wichtiger sei, um das Problem zu beseitigen.

Herr Stadtrat Röxe merkt an, dass die Änderung der Verordnung im Interesse der Katzenhalter liege.

Es erfolgt die Abstimmung für die Ortschaften Binfefelde, Insel und Staats.

Bindfelde	Ja 15	Nein 17	Enthaltungen 8
Insel	Ja 17	Nein 17	Enthaltungen 6
Staats	Ja 17	Nein 18	Enthaltungen 5

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Hansestadt Stendal beschließt die Änderung der Gefahrenabwehrverordnung wie folgt:

§ 5 wird um folgende Absätze ergänzt:

(5) Katzenhalter/Katzenhalterinnen, die Ihrer Katze Zugang ins Freie gewähren, haben diese zuvor von einem Tierarzt/einer Tierärztin kastrieren/sterilisieren zu lassen. Die Durchführung ist von einem Tierarzt/einer Tierärztin schriftlich bestätigen zu lassen sowie für die Lebenszeit der Katze aufzubewahren und auf Verlangen vorzuzeigen. Dies gilt nicht für weniger als 5 Monate alte Katzen. Im Zuge der Kastration ist die Katze durch einen Transponderchip zu kennzeichnen und in einem Heimtierregister registrieren zu lassen.

Diese Regelung gilt nur für Katzen, welche nach dem 01.08.2021 geboren wurden.

(6) Für die Zucht von Rassekatzen können auf Antrag Ausnahmen gemäß § 9 dieser Verordnung von der Kastrationspflicht zugelassen werden, sofern eine Kontrolle und Versorgung der Nachzucht glaubhaft dargelegt wird.

§ 11 Abs. 1 wird um Nr. 18 ergänzt:

18. entgegen § 5 Abs. 5 der Kastration, Kennzeichnung und Registrierung von Katzen nicht nachkommt, wenn diese Zugang ins Freie haben.

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, eine verbindliche Regelung zur Kastration/Sterilisierung von halterlosen Katzen ist in enger Abstimmung mit Vertretern des Tierschutzes zu erarbeiten und bis zum 30.06.2021 dem Stadtrat vorzulegen.



Ja 18 Nein 20 Enthaltung 2 mehrheitlich abgelehnt

Herr Stadtratsvorsitzender Sobotta beraumt eine Pause von 18:18 Uhr bis 18:25 Uhr an.

zu TOP 14 Antrag der Fraktion SPD/FDP/Ortsteile zur Aufnahme der Ampelanlage an der GTGS in den Haushaltsplan 2021

A VII/084 **Herr Stadtrat Dr. Wollmann** bittet um Zustimmung zum Antrag.

Herr Stadtrat Bausemer stellt folgenden Änderungsantrag der AfD Fraktion vor:

Der Stadtrat der Hansestadt Stendal möge beschließen, einen Fußgängerüberweg (Zebrastreifen) an der Bushaltestelle Röxer Straße vor der Ganztagsgrundschule GTGS als zusätzliche Option neben einer Ampelanlage in den Haushalt mit einem Betrag von 40.000 Euro aufzunehmen. Bis zur Fertigstellung ist auf andere die sichere Überquerung zu gewährleisten.

Der Stadtrat könne somit entscheiden, welche der beiden Varianten umgesetzt wird. Er bittet um Zustimmung.

Frau Stadträtin Schübler erklärt, dass zum Antrag der SPD Fraktion noch Klärungsbedarf bestehe. Der Stadtrat hatte bereits am 02.11.2020 beschlossen, dass die Schulwege in Hinsicht auf die Sicherheit überprüft werden sollen. Auf Grund der Situation an der GTGS sah sich die SPD Fraktion dazu veranlasst einen Eilantrag in den Stadtrat am 07.12.2020 einzubringen. In der aktuellen Geschäftsordnung sind keine Eilanträge vorgesehen. Im Vorfeld wurden die Elternvertreter der GTGS davon in Kenntnis gesetzt, dass der Bauhof über eine Ampel verfügt und diese dort installiert werden könne.

Zu diesem Zeitpunkt war noch nicht einmal geklärt, wer die Straßenbaulast trägt. Wenn ein Antrag eingebracht wird, ist es üblich, dass dieser in den Ausschüssen vorbesprochen wird, auch um ggf. rechtliche Fragen zu klären. Somit wurde der Antrag in die Ausschüsse zurückverwiesen.

Sie kritisiert Äußerungen von Herrn Stadtrat Dr. Wollmann in den sozialen Medien.

Es ist wichtig zu klären, wie die Kinder sicher die Straße überqueren können. Dennoch sollten geltende Regularien eingehalten werden.

Herr Stadtrat Meinecke merkt an, dass eine Ampelanlage nicht zweckführend ist. Die Folgen einer Ampelanlage sind bisher durch den Stadtrat nicht abschätzbar. Er plädiert für den Einsatz von Schulwegbegleitern zur sicheren Überquerung der Straße. Sollte die Ampelanlage gewollt sein, dann sollte der Antrag zu einem Prüfauftrag umformuliert werden.

Herr Westrum merkt an, dass es sich hierbei um die Prüfung eines Genehmigungsverfahrens handele. Der Stadtrat könne darüber nicht beschließen. Es ist nur der Beschluss eines Prüfauftrages möglich.

Herr Kleefeldt erklärt, dass der Antrag nur die Aufnahme des Haushaltsansatzes beschlossen wird und nicht der Bau der Ampelanlage.

Herr Stadtrat Röhl stimmt dem Antrag zu.

Herr Stadtrat Dr. Wollmann merkt an, dass seit dem Ursprungsantrag im De-



zember bereits ausreichend Zeit vergangen sei, um rechtliche Bedenken zu äußern.

Herr Stadtrat Instenberg bittet darüber nachzudenken, was für die Schulkinder die sicherste Variante ist, die Straße zu überqueren. Ergebnis dieser Überlegung wird die Errichtung einer Ampelanlage sein. Er bestätigt die Aussage von Herrn Kleefeldt, dass der Antrag lediglich die Einstellung der Kosten in den Haushalt beinhaltet.

Herr Stadtrat Meinecke schlägt vor, den Haushaltsansatz nicht explizit für eine Ampelanlage, sondern für die Schaffung einer sicheren Gehwegüberführung einzustellen.

Es erfolgt die Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD Fraktion.

Ja 31 Nein 3 Enthaltungen 6

Es erfolgt die Abstimmung zum nunmehr geänderten Antrag der SPD Fraktion.

Beschlussvorschlag (geänderte Fassung):

Der Stadtrat der Hansestadt Stendal möge beschließen, einen Fußgängerüberweg (Zebrastreifen) an der Bushaltestelle Röxer Straße vor der Ganztagsgrundschule GTGS als zusätzliche Option neben einer Ampelanlage in den Haushalt mit einem Betrag von 40.000 Euro aufzunehmen. Bis zur Fertigstellung ist auf andere die sichere Überquerung zu gewährleisten.

Ja 31 Enthaltung 9 geändert beschlossen

zu TOP 15 Antrag des Ortschaftsrates Heeren auf Ausbau des verlängerten Quickbornweges mit Betonspurbahnen

A VII/074 **Herr Stadtrat Eckhardt** plädiert für die Zustimmung zum Antrag des Ortschaftsrates. Der Bauhof müsse mehrmals jährlich Ausbesserungsarbeiten am Weg vornehmen.

Beschlussvorschlag:

Der Ortschaftsrat Heeren beantragt im Rahmen des ländlichen Wegebaus den Ausbau des verlängerten Quickbornweges mit Betonspurbahnen.

Ja 40 einstimmig beschlossen

zu TOP 16 Antrag des Ortschaftsrates Uchtsprunge über die Aufnahme der Schulhofsanierung (Pausenhofbereich) in der Grundschule Börgitz in den Maßnahmen- und Haushaltsplan der Hansestadt Stendal für das Haushaltsjahr 2021

A VII/080 **Herr Stadtrat Schlafke** erklärt den Werdegang bis zur Entstehung des Antrages. Das Wasser auf dem Schulhof könne nicht mehr ablaufen und somit bilden sich große Pfützen. Eine Neupflasterung des Schulhofes inklusive Entwässerung sei zwingend notwendig.
Er bittet um Zustimmung zum Antrag des Ortschaftsrates.



Beschlussvorschlag:

Der OR Uchtsprunge beantragt, dass der Stadtrat der Hansestadt Stendal beschließt, die derzeit mit Betonpflaster belegte Fläche des Pausenhofes der Grundschule Börgitz im Jahr 2021 so zu sanieren, dass das Regenwasser ordnungsgemäß ablaufen kann.

Ja 33 Enthaltung 7 einstimmig beschlossen

zu TOP 17 Kooperationsvereinbarung zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie für das Industriegebiet Buchholz/Lüderitz

VII/0282/2

Herr Stadtrat Weise merkt an, dass es sich um eine Vorlage der Verwaltung handelt und bittet um Zustimmung zu dieser. Eine wirtschaftliche Stärkung der Region durch den Neubau der A14 bedarf eines aktiven Zutuns der Hansestadt Stendal. Die Machbarkeitsstudie ist eine der Grundvoraussetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung der Region.

Er weist darauf hin, dass das Gebiet „Buchholz International“ im Landesentwicklungsplan eingetragen ist. Die Eintragung muss mit Leben erfüllt werden. Passiert dies nicht, wird die Eintragung infolgedessen gelöscht womit aus diesem Gebiet eine großflächige Wind- und Solarparkanlage entstehen könnte. Dies gilt es zu vermeiden.

Es ist zu prüfen, ob das günstigere Angebot, welches Herr Stadtrat Kunze erhalten hat, einbezogen werden kann.

Herr Stadtrat Röhl signalisiert Unterstützung. Es sei jedoch fraglich, eine Erhöhung vorzunehmen, die derzeit nicht zwingend notwendig ist. Zudem wurde bereits beschlossen, dass eine Änderung des FNP vorgenommen wird. Wie die Umsetzung erfolgt ist noch zu klären.

Er gibt zu bedenken, dass man unter Voraussetzung des zugrundeliegenden Leistungsverzeichnisses kein vernünftiges Angebot erwarten könne.

Herr Stadtrat Dr. Faber merkt an, dass die Stadt nicht nur an das Ausgeben von Geldern, sondern auch an die Einnahme von Geldern denken müsse. Ein bedeutender Teil der Einnahmen geht aus den Gewerbesteuererträgen hervor. Die Machbarkeitsstudie ist eine geringe Ausgabe, die bei Umsetzung des Projektes weitaus höhere Einnahmen nach sich zieht. Er bittet um Zustimmung.

Herr Kleefeldt stellt klar, dass der Beschlussgegenstand der Abschluss einer Kooperationsvereinbarung ist. Um diese Kooperationsvereinbarung abzuschließen, müssen beide Gremien, sowohl der Stendaler, als auch der Tangerhütter Stadtrat, einem gleichlautenden Entwurf zustimmen. Sollte eines der Gremien einen anders lautenden Text beschließen, wäre eine Kooperationsvereinbarung nicht möglich. Der Tangerhütter Stadtrat hat die Kooperationsvereinbarung bereits beschlossen. Sollte der Beschluss des Stendaler Stadtrates nicht oder nicht wie vorliegend beschlossen werden, würde ein Jahr zur Beantragung der Fördermittel für die Durchführung der Machbarkeitsstudie verloren.

Er bittet ebenfalls um Zustimmung.

Herr Stadtrat Bausemer stellt im Namen der AfD-Fraktion den Änderungsantrag, den Eigenanteil bei 20.000 Euro zu belassen.

Er bittet ebenfalls, das günstigere Angebot, welches Herr Stadtrat Kunze erhalten hat, mit einzubeziehen.



Herr Stadtratsvorsitzender Sobotta stellt fest, dass über den Änderungsantrag nicht abgestimmt werden muss, da der Wortlaut mit der derzeitigen Beschlusslage übereinstimmt.

Herr Stadtrat Beuchel informiert, dass der Stadtrat Tangerhütte bisher keinen Haushaltsbeschluss gefasst hat und fragt an, welche Folgen es haben könnte, wenn Tangerhütte die Kosten nicht in den Haushalt einstellt.

Herr Kleefeldt erklärt, dass durch die Kooperationsvereinbarung ein gültiger Vertrag zwischen der Hansestadt Stendal und der Einheitsgemeinde Tangerhütte zustande kommt, aus dem sich entsprechende Erfüllungsansprüche ergeben.

Herr Stadtrat Kunze schlägt vor, einen Sperrvermerk für die 40.000 Euro Kostenerhöhung zu beschließen.

Herr Stadtrat Instenberg merkt an, dass im § 3 Abs. 2 der Kooperationsvereinbarung der Kostenanteil der Hansestadt Stendal auf 50.000 Euro beziffert wird. In der Beschlussvorlage sind 60.000 Euro angegeben.

Er bittet zu bedenken, dass durch die Fortführung des Projektes die Fläche nicht nur weiter versiegelt wird, sondern auch die Landwirtschaft in der Region erheblich eingeschränkt wird.

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die überarbeitete Kooperationsvereinbarung zwischen der EHG Tangerhütte und der Hansestadt Stendal zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie für Teilbereiche des ehem. geplanten Areals - Flughafen "Berlin international" (Anlage 1).
2. Der ursprüngliche Eigenanteil wird von max. 20.000 € auf 60.000 € erhöht.

Ja 20 Nein 16 Enthaltung 4 mehrheitlich beschlossen

Herr Stadtratsvorsitzender Sobotta beraumt eine Pause von 19:23 Uhr bis 19:37 Uhr an.

zu TOP 18 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2021 (einschließlich Änderungsanträge)

VII/0353 **Herr Oberbürgermeister Schmotz** macht Ausführungen zum Haushalt 2021. Die Ausschüsse haben bereits zur Beschlussvorlage beraten. Die heute vorliegende Beschlussvorlage umfasst alle Änderungen, welche ebenfalls in Mandatos eingestellt wurden. Gründe für die nachträglichen Änderungen sind unter anderem Fördermittelbescheide, die erst Ende 2020 eingegangen sind. Er bittet um Beachtung der entsprechenden Änderungsblätter zur Haushaltsplanung. Nach Beschlussfassung werden die erforderlichen Veränderungen in der Planung durch das Finanzmanagement eingefügt um eine Genehmigung durch die Kommunalaufsichtsbehörde herbeiführen zu können. Somit ist die jetzige Zahl in der Haushaltssatzung nicht vergleichbar mit der Zahl, die in Folge der Beschlussfassung und Genehmigung des Haushalts im Amtsblatt veröffentlicht wird.

Die freiwilligen Aufgaben, die derzeit durch die Hansestadt Stendal für die Bürgerinnen und Bürger ausgeführt werden, sollten, soweit möglich, erhalten bleiben, indem es vermieden wird, eine Vielzahl zusätzlicher freiwilliger Aufgaben



hinzuzunehmen.

Begonnene Projekte sollten zunächst abgeschlossen werden, bevor mit der Planung und Durchführung neuer Projekte begonnen werden sollte. Es handelt sich um folgende Baumaßnahmen, die aus dem Vorjahr ins neue Haushaltsjahr 2021 übernommen wurden:

der Neubau Grundschule Haferbreite, die energetische Sanierung des TdA, die Sporthalle an der Komarow-Schule, das Tiefbauvorhaben Schadewachten sowie der Eichstedter Weg.

Alle anderen Überhänge werden nach den internen Festlegungen bis Ende März erfasst und als Mittelübertragungsanträge zusammengefasst.

In Bezug auf geplante Bauvorhaben wird eine Wirtschaftlichkeitsprüfung durchgeführt.

Abschließend informiert **Herr Oberbürgermeister Schmotz** kurz zum Stellenplan. Nach der vergangenen Sitzung des Haupt- und Personalausschusses vom 10.02.2021 wurde durch die Verwaltung entschieden, dass die Stelle Sachbearbeiter Brandmeister mit der Besoldungsgruppe A7 in diesem Jahr nicht im Stellenplan enthalten sein wird. Diese wird dann im nächsten Jahr erneut vorgelegt.

Herr Ortsbürgermeister Twartz teilt mit, dass zur Bewilligung von Fördermitteln eine Gesamtfinanzierung des Vorhabens im Haushaltsplan eingestellt sein muss.

Zum Änderungsantrag der Fraktion FSS/BfS merkt er an, dass dieser Antrag unbegründet und willkürlich erstellt worden sei und die weitere positive Entwicklung Stendals und seiner Ortsteile hemme. Er begründet dies mit einem Defizit des Haushaltsplanes, welches durch die Rücklage gedeckt wird. Eine Kreditaufnahme ist nicht vorgesehen und die Verschuldung sinkt. Die Investitionen sind somit alle finanziert und bereits über einen längeren Zeitraum vorbereitet. Als Grund für die Streichungsliste wurde ein Rückgang der für das Jahr 2022/2023 geplanten Steuereinnahmen genannt.

Herr Ortsbürgermeister Twartz geht auf die Straßenbaumaßnahme „Erschließung Holzstege“ ein. Hier liegt die Kostenverteilung zu 90% bei den Einwohnern und nur zu 10% bei der Stadt. Eine Streichung ist nicht verständlich. Des Weiteren geht er auf die Baumaßnahme „Erneuerung Dorfgemeinschaftshaus Jarchau“ ein.

Herr Ortsbürgermeister Twartz plädiert für die Erhaltung der Ortschaften, bittet die Fraktionen um Ablehnung des Änderungsantrages der Fraktion FSS/BfS sowie um Beantragung der namentlichen Abstimmung für die Abstimmung zur Baumaßnahme Dorfgemeinschaftshaus Jarchau.

Herr Stadtrat Röhl merkt an, dass die Sachkenntnis nicht vorliege. Er korrigiert die, seiner Meinung nach falschen Fakten. Der Saldo im Jahr 2021 im Haushalt endet mit einem Minus. Gesamtheitlich betrachtet bedeutet dies Entlastung. Im Änderungsantrag, hier A9, ist die Baumaßnahme in die mittelfristige Planung aufzunehmen. Dies resultiert auf einer Entscheidung der gesamten Fraktion und nicht auf der Entscheidung von Herrn Röhl.

Er informiert über einen Stadtratsbeschluss aus dem vergangenen Jahr, aus dem hervorgehe, dass das Dorfgemeinschaftshaus nur bei einer Förderung von 90% gebaut wird.

Des Weiteren erklärt er, dass die Straße nicht willkürlich ausgewählt wurde. Es sei nicht vorgesehen, die Straße auf die Prioritätenliste aufzunehmen. Ebenfalls könne keine 90-prozentige Kostenumlage auf die Bürger entfallen, da die Erschließung von Regenwasser und Beleuchtung erstmalig die Hansestadt



Stendal betrifft. Diese Sichtweise ist zu korrigieren.

Herr Stadtrat Dr. Wollmann schätzt die Situation des Haushalts nicht so positiv ein. Er merkt an, dass das Denken an Sparmaßnahmen nicht verwerflich ist. Jedoch ist das Dorfgemeinschaftshaus in Jarchau absolut renovierungsbedürftig.

Er signalisiert die Ablehnung des Änderungsantrages der Fraktion FSS/BfS in Bezug auf die Erneuerung des Dorfgemeinschaftshauses.

Herr Stadtrat Weise beantragt die namentliche Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktion FSS/BfS.

Herr Stadtrat Weise erklärt sich für die ersten drei Änderungsanträge der FSS/BfS (A1 sowie A2 + A3, betr. zum Hölzchen) als befangen.

Bei einigen Änderungsanträgen ist ein Sperrvermerk vorgesehen, welcher im Ausschuss für Stadtentwicklung aufgehoben werden kann. Diese Sperrvermerke sollten nur durch den Stadtrat aufgehoben werden. Sollte hierfür ein Antrag benötigt werden, so ist dies als Antrag zu sehen.

Er bedankt sich bei Frau Pietrzak und der Verwaltung für die Erstellung des Haushalts.

Herr Stadtrat Bausemer signalisiert Unterstützung zum Antrag der Fraktion FSS/BfS. Es können nicht alle Wünsche erfüllt werden.

Herr Stadtrat Röxe bedankt sich ebenfalls bei der Verwaltung für die Erstellung des Haushaltes. Dennoch kritisiert er das Fehlen der Jahresabschlüsse, womit keine Vergleichsmöglichkeit zu den Vorjahren besteht.

Er erklärt sein Unverständnis gegenüber der Aufnahme neuer, kurzfristiger und kostenintensiver Positionen, welche ohne vorherige Abstimmung mit den zuständigen Ausschüssen erfolgt sind.

Die Fraktion DIE LINKE-Bündnis 90/Die Grünen lehnt die Streichung der Baumaßnahme in Jarchau ab, da diese bereits seit mehreren Jahren unberücksichtigt geblieben ist. Die Ortschaften können nicht immer zu Gunsten der Stadt zurückgestellt werden.

Herr Stadtrat Röxe stellt ebenfalls fest, dass Sperrvermerke nur durch den Stadtrat aufgehoben werden können.

Herr Stadtratsvorsitzender Sobotta teilt mit, dass jetzt über jeden einzelnen Antrag oder Änderungsantrag zum Haushalt noch einmal abgestimmt werden soll.

Herr Stadtrat Röxe merkt an, dass man über die einzelnen Entscheidungen bereits abgestimmt habe und eine erneute Abstimmung nicht möglich sei. Er stellt in Frage, wie vorzugehen wäre, sollte bei der 2. Abstimmung ein anderes Ergebnis erfolgen.

Herr Stadtratsvorsitzender Sobotta merkt an, dass diese Verfahrensweise bereits im Vorfeld so abgesprochen wurde. Zudem wurde zu den einzelnen Beschlussfassungen darauf hingewiesen, dass diese unter dem Vorbehalt beschlossen werden, dass eine Einstellung in den Haushalt erfolgt. Zur Rechtssicherheit sollten die Beschlüsse nun zum Haushalt noch einmal gefasst werden.

Herr Stadtrat Röhl merkt an, dass die Hansestadt Stendal sich in der vorläufigen Haushaltsplanung befindet und eine Durchführung von zusätzlichen Maßnahmen, die nicht in der Haushaltsplanung eingestellt sind, nicht zulässig wäre. Daher ist eine Einstellung in den Haushalt zwingend notwendig.



Des Weiteren merkt er an, dass der Haushalt erst mit Genehmigung in Kraft tritt und nicht mit Beschlussfassung durch den Stadtrat.

Herr Stadtrat Röxe teilt mit, dass er auf Grund der Befürchtungen, über Tagesordnungspunkte doppelt abstimmen zu müssen, vorab eine Mail an den Vorsitzenden und die Verwaltung mit der Frage geschickt hat, zu welchem Zeitpunkt die Tagesordnungspunkte zum Haushalt aufgerufen werden. Die Antwort auf diese Frage lautete, dass die entsprechenden Tagesordnungspunkte erst zur Haushaltsberatung aufgerufen werden.

Herr Oberbürgermeister Schmotz merkt an, dass mit dem Beschluss VII/0282/2 eine Kooperationsvereinbarung beschlossen wurde. Der Eigenanteil wird von maximal 20.000 Euro auf maximal 60.000 Euro erhöht. Eine erneute Abstimmung zur Verankerung dieser Summe im Haushaltsplan ist durchaus denkbar.

Somit lässt **Herr Stadtratsvorsitzender Sobotta** erneut über die Anträge und Änderungsanträge zum Haushalt abstimmen.

Es wird in der Reihenfolge der vorliegenden Aufstellung über Anträge und Änderungsanträge zum Haushalt verfahren. (Anlage 1 zur Niederschrift)

1. VII/0282/2 – Kooperationsvereinbarung zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie für das Industriegebiet Buchholz/Lüderitz (siehe TOP 17)
Abstimmung Ja 24 Nein 16 Enthaltungen 0

2. A VII/084 – Antrag der Fraktion SPD/FDP/Ortsteile zur Aufnahme der Ampelanlage an der GTGS in den Haushaltsplan 2021 (in geänderter Fassung – siehe TOP 14)
Abstimmung Ja 35 Nein 1 Enthaltungen 4

2.1 A VII/072 - Antrag des Ortschaftsrates Dahlen zur Aufstellung eines Geschwindigkeitsanzeigers (in geänderter Fassung – siehe TOP 11)
Abstimmung Ja 40 Nein 0 Enthaltungen 0

3. A VII/074 - Antrag des Ortschaftsrates Heeren auf Ausbau des verlängerten Qickbornweges mit Betonspurbahnen (siehe TOP 15)
Abstimmung Ja 40 Nein 0 Enthaltungen 0

4. A VII/077/1 - Antrag der Fraktion AfD zur Einrichtung eines Verkehrsspiegels am Kreisverkehr Moltkestraße (siehe TOP 10)
Zurückgezogen

5. A VII/079 - Antrag des Ortschaftsrates Groß Schwechten auf Errichtung von Schwellern in der Siedlerstraße und der Friedensstraße in Groß Schwechten (in geänderter Fassung - siehe TOP 12)
Es handelt sich durch den Änderungsantrag nur noch um einen Prüfauftrag.

6. A VII/080 - Antrag des Ortschaftsrates Uchtspringe über die Aufnahme der Schulhofsanierung (Pausenhofbereich) in der Grundschule Börgitz in den Maßnahmen- und Haushaltsplan der Hansestadt Stendal für das Haushaltsjahr 2021 (siehe TOP 16)

Herr Stadtrat Goroncy trägt den Änderungsantrag vor, einen Sperrvermerk für die 75.000 Euro im Haushalt zu verankern. Es muss geprüft werden, ob die Maßnahme derzeit tatsächlich unaufschiebbar ist.



Herr Stadtrat Schlafke bittet um Ablehnung des Änderungsantrages. Das Problem ist seit mehreren Jahren bekannt und auch dokumentiert und ein Handeln ist zwingend erforderlich.

Herr Stadtrat Dr. Wollmann merkt an, dass man auch an anderen Schulen als der GTGS Maßnahmen vornehmen sollte.

Herr Stadtrat Goroncy weist darauf hin, dass es sich nicht um einen Änderungsantrag auf Streichung, sondern nur um einen Sperrvermerk handelt.

Herr Stadtrat Schlafke erklärt, dass die Summe von 75.000 Euro durch das Bauamt festgesetzt wurde. Sollte eine günstigere Variante möglich sein, dann spricht von Seiten des Ortschaftsrates und der Schule nichts dagegen.

Es erfolgt die Abstimmung zur Einstellung der Summe in Höhe von 75.000 Euro in den Haushalt.

Abstimmung	Ja 32	Nein 0	Enthaltungen 8
------------	-------	--------	----------------

Es erfolgt die Abstimmung zum Änderungsantrag zur Eintragung eines Sperrvermerkes.

Abstimmung	Ja 8	Nein 29	Enthaltungen 3
------------	------	---------	----------------

Herr Stadtrat Röhl erläutert die Anträge seiner Fraktion zur laufenden Nummer 7 der Aufstellung.

Folgende Anträge der Fraktion FSS/BfS werden zurückgezogen:

A7 - Sperrvermerk Quickbornweg Heeren (zu A VII/074 – TOP 15)

D2 - Baumaßnahme Ersatzbau Schulhof Börgitz (zu A VII/080 – TOP 16)

G - Entfall zusätzlicher Mittel für die Machbarkeitsstudie (zu VII/0282/2 – TOP 17)

Es erfolgt die Abstimmung zu weiteren Änderungsanträgen zum Haushalt.

A1 - Zurückstellung Beschallungsanlage „Hölzchen“

Herr Stadtrat Weise zeigt ein Mitwirkungsverbot an und nimmt an der Beratung sowie der Abstimmung nicht teil.

Abstimmung	Ja 23	Nein 18	Enthaltungen 2
------------	-------	---------	----------------

A2 + A3 - Sperrvermerk Sanierung Fußboden „Hölzchen“ und Sozialgebäude

Herr Stadtrat Weise zeigt ein Mitwirkungsverbot an und nimmt an der Beratung sowie der Abstimmung nicht teil.

Abstimmung	Ja 21	Nein 18	Enthaltungen 0
------------	-------	---------	----------------

Herr Stadtrat Weise nimmt wieder an der Beratung und Beschlussfassung teil.

A4 + A6 - Zurückstellung Baumaßnahme Regenwasserentsorgung, Straße/Wege, und Straßenbeleuchtung Jarchau

Abstimmung	Ja 18	Nein 19	Enthaltungen 2
------------	-------	---------	----------------

A8 - Sperrvermerk Begrünung

Abstimmung	Ja 39	Nein 0	Enthaltungen 1
------------	-------	--------	----------------



A9 - Zurückstellung Gemeinde- und Jugendzentrum Jarchau

Es erfolgt eine namentliche Abstimmung. (Anlage 2 zur Niederschrift)

Abstimmung Ja 16 Nein 24 Enthaltungen 1

10. Sperrvermerk für DGH/Jugendzentrum Jarchau

Herr Stadtratsvorsitzender Sobotta verliest den Änderungsantrag.

Das Wort „Ausschuss“ wird durch das Wort „Stadtrat“ ersetzt.

Frau Stadträtin Kunert und **Herr Stadtrat Ludwig** verlassen den Sitzungssaal.

Herr Stadtrat Röhl merkt an, dass der Änderungsantrag zwingend abgelehnt werden müsse, da für den Haushalt eine Verpflichtungsermächtigung beschlossen wurde.

Herr Stadtrat Dr. Wollmann behält den genannten Änderungsantrag bei.

Abstimmung Ja 14 Nein 22 Enthaltungen 2

B1 + B2 – Deckelung Zuweisung Winckelmann-Museum und Sperrvermerk in Höhe von 100.000 Euro

Herr Oberbürgermeister Schmotz zeigt ein Mitwirkungsverbot an und nimmt an der Beratung sowie der Abstimmung nicht teil.

Frau Stadträtin Schüßler erläutert rückblickend die Bedeutung des Winckelmann-Museums für die Hansestadt Stendal. Der Änderungsantrag der Fraktion FSS/BfS zur Einrichtung eines Sperrvermerkes über 100.000 Euro ist jedoch vertragswidrig, da ein gültiger Vertrag existiert, der einzuhalten ist. Ein Sperrvermerk kann daher maximal in der angestrebten Höhe erfolgen, d. h. 30.000 Euro.

Frau Stadträtin Kunert und **Herr Stadtrat Ludwig** nehmen wieder an der Sitzung teil.

Herr Stadtrat Schwarzer merkt an, dass die 30.000 Euro in diesem Haushaltsjahr eine weitere Erhöhung darstellen und dass die seit langer Zeit geforderten Unterlagen, den Stadträten bisher nicht zur Verfügung gestellt wurden.

Herr Kleefeldt erklärt, dass im Haushalt in diesem Jahr ursprünglich ein höherer Betrag vorgesehen war. Auch im nächsten Jahr ist eine weitere Steigerung vorgesehen. Das Ziel ist, eine Vereinbarung mit dem Land abzuschließen um für das Winckelmann-Museum eine institutionelle Förderung zu erhalten. Durch die Verwaltung wird stets versucht, die Zahlen des Winckelmann-Museums so transparent wie möglich zu gestalten. Die fehlenden Jahresabschlüsse sind mit Personalproblemen zu begründen.

Herr Kleefeldt bittet darum, den Sperrvermerk maximal auf 30.000 Euro zu begrenzen. Sollte ein höherer Sperrvermerk beschlossen werden, dann wird die nächste Quartalsrate voraussichtlich nicht in der notwendigen Höhe ausgezahlt werden können. Es besteht Gefahr, dass Widerspruch durch den OB eingelegt werden muss.

Herr Stadtrat Röhl weist darauf hin, dass die Unterlagen dem Stadtrat bis spätestens zum 31.03.2021 vorzuliegen haben.

Er stellt den Änderungsantrag die *Summe des Sperrvermerkes von 100.000*



Euro auf 50.000 Euro herabzusetzen.

Herr Stadtrat Röhl unterstellt, dass entgegen der Aussagen von Herrn Kleefeldt, keine vorherigen Absprachen mit dem Land getroffen werden. Es handle sich lediglich um eine wage Voraussicht, die aus heutiger Sicht nicht eintritt. Er bittet darum, dass Herr Kleefeldt zu Protokoll gibt und bestätigt, dass ein Nachschuss notwendig wird und dass es sich um eine zwingende Notwendigkeit handelt.

Herr Kleefeldt erklärt, dass eine Zusicherung der Landesförderung nicht möglich sei. Es sei jedoch das oberste Ziel, die Landesförderung zu erhalten. Hierfür sei ein Eigenanteil notwendig. Das Winckelmann-Museum sollte dauerhaft wirtschaftlich gesichert sein.

Er legt dar, wo der Stadt Einnahmen durch politische Entscheidungen verloren gehen und nennt als Beispiel die Anpassung der Tiergartengebührensatzung, die entgegen des Vorschlags der Verwaltung, nicht zum 01.01.2021 sondern zum 01.07.2021 in Kraft treten wird.

Er betont, dass das Winckelmann-Museum das Aushängeschild der Hansestadt Stendal ist.

Herr Stadtrat Büttner verlässt den Sitzungssaal.

Es erfolgt die Abstimmung zum Änderungsantrag, die Summe des Sperrvermerkes von 100.000 Euro auf 50.000 Euro herabzusetzen.

Abstimmung	Ja 20	18 Nein	Enthaltungen 0
------------	-------	---------	----------------

C – Stellenplan: Entfall der zusätzlichen A13-Stelle

Herr Oberbürgermeister Schmotz und **Herr Stadtrat Büttner** nehmen wieder an der Sitzung teil.

Abstimmung	Ja 19	17 Nein	Enthaltungen 3
------------	-------	---------	----------------

Herr Oberbürgermeister Schmotz klärt auf, dass die A7-Stelle der Feuerwehr bisher noch im Stellenplan enthalten ist, jedoch durch die Verwaltung zurückgenommen wird. Es müsse keine Abstimmung darüber erfolgen.

D1 – Baumaßnahme Ersatzbau Sozialgebäude SLV 92

Herr Stadtrat Ludwig zeigt ein Mitwirkungsverbot an und nimmt an der Beratung sowie der Abstimmung nicht teil.

Frau Stadträtin Kunert signalisiert im Namen ihrer Fraktion Zustimmung zum Änderungsantrag. Dies begründet sie wie folgt: Im Jahr 2017 wurde durch den Stadtrat beschlossen ein Sportstättenentwicklungskonzept erarbeiten zu lassen. Ziel war eine Prioritätenliste, welche Sportstätten tatsächlich einen erheblichen Sanierungsbedarf aufweisen. Die Kosten im Antrag des Stendaler LV 92 sind gering geschätzt.

Frau Stadträtin Kunert stellt den Änderungsantrag vor, *den Behinderten- Rehabilitations- und Seniorensportverein (BRS SV)*, welcher derzeit seinen Sitz im Haus der Vereine hat, *mit im neuen Gebäude des SLV 92 unterzubringen*. Somit entsteht ein Haus des Sports.

Herr Stadtrat Röhl hält dies grundsätzlich für eine gute Idee. Er weist darauf hin, dass sich der Sperrvermerk von Punkt H aus dem Änderungsantrag der Fraktion FSS/BfS auch auf diese Baumaßnahme bezieht und bereits alle genannten Forderungen dort zu berücksichtigen wären.



Es erfolgt die Abstimmung zum Änderungsantrag von Frau Stadträtin Kunert.
Abstimmung Ja 34 Nein 4 Enthaltungen 1

D3 – Umbau Bauernmarkthalle (ÄA zu VII/0212/1)

Herr Stadtrat Ludwig nimmt wieder an der Sitzung teil.

Abstimmung Ja 13 Nein 9 Enthaltungen 18

E – Haushaltsdeckung für eventuelle Schulspeisung

Herr Stadtrat Röxe verlässt den Sitzungssaal.

Abstimmung Ja 20 Nein 14 Enthaltungen 6

F – Erhöhung Zuschuss Vereine, Streetworker

Herr Stadtrat Röxe nimmt wieder an der Sitzung teil.

Herr Stadtrat Kloft zeigt ein Mitwirkungsverbot an und nimmt an der Beratung sowie der Abstimmung nicht teil.

Abstimmung Ja 19 Nein 6 Enthaltungen 14

H – Sperrvermerk Investitionen und Instandsetzung wegen fehlender Voraussetzungen gemäß KomHVO

Herr Stadtrat Kloft nimmt wieder an der Sitzung teil.

Abstimmung Ja 20 Nein 12 Enthaltungen 8

9. Stellenplan: Schaffung Vollzeitstelle Wirtschaftsförderung

Abstimmung Ja 20 Nein 17 Enthaltungen 3

Nach erfolgter Abstimmung zu den Anträgen und Änderungsanträgen zum Haushalt erfolgt die Abstimmung zur Beschlussvorlage VII/0353 für die Hansestadt Stendal.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Hansestadt Stendal beschließt die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2021.

Ja 39 Nein 1 einstimmig beschlossen

Es erfolgt die Abstimmung zur Beschlussvorlage VII/0353 für die Ortschaften Bindfelde, Insel und Staats.

Bindfelde	Ja 36	Nein 0	Enthaltungen 4
Insel	Ja 37	Nein 0	Enthaltungen 3
Staats	Ja 37	Nein 0	Enthaltungen 3

Auf Grund der fortgeschrittenen Uhrzeit beendet **Herr Stadtratsvorsitzender Sobotta** die Sitzung vorzeitig um 21:43 Uhr. Die Fortsetzung der Sitzung wird an einem der kommenden Tage erfolgen. Die Stadträte werden über den neuen Termin rechtzeitig informiert.

Peter Sobotta
Vorsitzender

Stefan Lodders

Anja Rihsmann
Protokoll



